

Die Stadt Ochsenhausen hat ein ernsthaftes Problem

Schon das Landratsamt schlägt Alarm, denn nach den Ausführungen der Rechtsaufsichtsbehörde zum Haushaltsplan 2018 befindet sich die Stadt auf einem ungewissen Weg in die Zukunft! Nur die Verantwortlichen in Ochsenhausen reagieren auf diese Situation nicht.

Im Haushaltserlass der Rechtsaufsichtsbehörde (LRA) zum diesjährigen Haushaltsplan 2018 finden sich ganz ungewöhnliche Feststellungen, die einer besonderen Erwähnung bedürfen:

„Zum Ende des Finanzplanungszeitraums soll sich im städt. Haushalt der Schuldensturm auf 15,4 Mio €, somit auf 1.730 € je Einwohner aufschichten. Aufgrund des dadurch künftig ausgelösten Schuldendienstes bis zu 1 Mio € stehen nicht hinreichend Eigenmittel zur Verfügung, um das künftige investive Wunschkonzert bespielen zu können, zumal die Rücklage und damit die liquiden Eigenmittel auf den gesetzlich geforderten Sockelbetrag abgeschmolzen werden.

Nach dem Planwerk befindet sich die Stadt auf einem ungewissen Weg in die Zukunft: Bereits jetzt sind die kommunalen Spielräume eingeengt, werden mit dem Gang in die massive Verschuldung Hypotheken für künftige Generationen aufgenommen. Sollte die Gewerbesteuer, im wesentlichen abhängig vom wirtschaftlichen Schicksal e i n e s Unternehmers, noch weiter zurückgehen, hat Ochsenhausen ein ernsthaftes Problem.“

Und was meint der Bürgermeister dazu?

In der Gemeinderatssitzung am 20.03.18 informiert der Bürgermeister den Gemeinderat darüber, dass das Landratsamt Biberach mit Erlass vom 09.02.18 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung der Stadt Ochsenhausen für das Haushaltsjahr 2018 vom 23.01.18 gemäß § 121 der Gemeindeordnung bestätigt habe. Weitere Details wurden nicht genannt, konnten jedoch aus der Sitzungsvorlage entnommen werden. Einen Kommentar hierzu gab er nicht.

Und was sagen die Gemeinderäte dazu?

Nichts! Zumindest in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 20.03.18 herrschte dazu ein kommentarloses Schweigen, obwohl bei allen Beteiligten in dieser Situation die Alarmglocken hätten läuten müssen.

Und was meldet die Presse zu diesem Vorgang?

Ebenfalls nichts! Obwohl der Redakteure der Sz normalerweise mit Informationen vorab versorgt wird und auch selbst an der Sitzung teilnahm, kann/will/darf dieser nicht ausführlich berichten, weil dies offensichtlich nicht zur „Hofberichterstattung“ passt. So langsam gewinnt man leider den Eindruck, dass in Ochsenhausen keine objektive und unabhängige Presse berichtet, sondern nur angepasste und abgesprochene Berichte aus dem Rathaus und dem entsprechenden Umfeld an die Öffentlichkeit gelangen.

Zwar steht in diesem Haushaltserlass der Rechtsaufsichtsbehörde auch, dass die Stadt mit der Erhöhung der Steuerhebesätze (1) und mit der Veräußerung der Goldbach Altenzentrum GmbH (2) als Gegenmaßnahmen Zeichen gesetzt habe, doch das klingt wie blanker Hohn auf dieses finanzielle Desaster, denn :

(1) Größter Profiteur einer Steuererhöhung in den Gemeinden ist der Landkreis und das Land, denn von 100% der vereinnahmten Gemeindesteuern (auch durch die Steuererhöhung entstehende Mehreinnahmen) kassiert der Landkreis 27% Kreisumlage, das Land weitere 24% als Finanzausgleichsumlage und von der Gewerbesteuer sind zusätzlich nochmals 20% an Gewerbesteuerumlage an das Land abzuführen. Zusammengefasst heißt das, dass z.B. von den Gewerbesteuereinnahmen gerade mal 31% in der Stadtkasse verbleiben. Erhöht sich die Steuerkraft der Gemeinde durch eigene Steuereinnahmen noch weiter, dann werden die Zuweisungen vom Land entsprechend gekürzt, so dass am Ende noch weniger als die 31 % in der Stadtkasse übrigbleiben.

(2) Was die Rechtsaufsichtsbehörde im Haushaltserlass mit der positiven Aussage „Verkauf Goldbach AZ GmbH“ bezwecken will, ist nicht nachvollziehbar, denn bei diesem „Geschäft“ steht ein einmaliger Einnahmebetrag von 155 000 Euro einem laufenden jährlichen Verlust von 614 000 Euro gegenüber (fehlende Mieteinnahmen, Abschreibungsbeträge incl. Verzinsung des Ak, Verwaltungskosten = 629 400 € abzügl. 15 400 € Erbpacht ergibt - 614 000 €/Jahr).

Hinzu kommt dabei noch folgende Feststellung:

Hätte die Stadt Ochsenhausen allein die Abschreibungsbeträge vom Altenzentrum Goldbach incl. Tiefgarage in den vergangenen 21 Jahren richtigerweise der Rücklage zugeführt, dann müssten jetzt über 4,5 Mio an zweckgebundenen Rücklagen zur Verfügung stehen und die notwendigen Umbaumaßnahmen könnten damit finanziert werden. So aber hat die Stadt diese Abschreibungsbeträge kurzerhand im laufenden Haushalt verbraucht und beklagt jetzt die mangelnde finanzielle Ausstattung. Und um dem allem aus dem Weg zu gehen, hat die Stadt diese Einrichtung „Altenzentrum Goldbach“ jetzt kurzerhand an einen privaten Investor verschenkt nach dem Motto: „ nach mir die Sintflut“! Hätte zumindest die Stadt die Restschulden aus diesem Projekt an diesen Investor weitergegeben, dann hätte sie sich mit über einer Million Euro entlasten können!

Die Aufarbeitung dieses finanziellen Desasters wäre normalerweise die vornehmste Aufgabe des Gemeinderats. Leider ist davon schon in den vergangenen Jahren nicht viel zu spüren gewesen, denn dann hätten sie schon längst feststellen müssen, dass die Stadt „über ihre Verhältnisse gelebt“ hat.

Und wenn jetzt Investitionen (vom Landratsamt als Wunschkonzert bezeichnet) unausweichlich sind, dann können diese fast nur noch über Fremdmittel (Darlehensaufnahmen) finanziert werden und fallen damit den künftigen Generationen auf die Füße.

Bei detaillierter Betrachtung des Investitionshaushalt der nächsten vier Jahre kommt man dem „Wunschkonzert“ schon näher, denn der Investitionsplan bzw. Finanzplan sieht von 2018 bis 2021 insgesamt Ausgaben von 40,176 Mio Euro bei gerade mal 9,376 Mio Euro Einnahmen vor. Und über den Zeitrahmen 2021 hinaus sind jetzt schon weitere Anschluss-Investitionsausgaben von 8,244 Mio Euro prognostiziert.

Da der laufende Haushaltsaufwand (Personal- und Sachkosten des laufenden Betriebs) auch künftig die laufenden Einnahmen fast vollständig aufzehren werden, bleibt kaum ein Überschuss für Investitionen. Also bleibt nur eine kreditfinanzierte Basis für dieses „Wunschkonzert“ oder man stellt alle nicht unbedingt notwendigen Maßnahmen nach Art und Umfang auf den Prüfstand.

Schwerpunkte dieser Investitionen in dem angegebenen Zeitraum sind (Maßnahmen über 300 Tsd Euro):

Massnahme	Gesamtkosten /€	Zuschuss /Erlöse /€	Eigenmittel /€	Ausführungsj.
Feuerwehrhaus Ochsenhausen	7 200 000	927 000	6 273 000 *	18/19
Erweit. Gemeinschaftsschule Rst.	4 100 000		4 100 000	20/21
Kindergarten Ochsenhausen	2 500 000	350 000	2 150 000	20/21
Kindergarten Mittelbuch	425 000		425 000	18
Sanierung Sporthalle Herrschaftsbrühl	850 000		850 000	22
Sanierung Hürbler Str. in Rst.	1 365 000	766 000	599 000	18
Durchlässe Rohrbach	395 000	120 000	275 000	18
Umbau Eichener Str. (neues Feuerwehrhaus)	1 140 000		1 140 000*	18/19
Neubau Kreisverkehr Ochsenhausen	2 300 000	1 000 000	1 300 000	18
Umbau Bushaltestellen in Ochsenhausen	636 000	110 000	526 000	18
Endausbau Gewerbezentrum Ochsenhausen	1 300 000		1 300 000	19/20
Ausbau Riedstrasse Ochsenhausen	1 211 000		1 211 000	22
Strassenbeleuchtungsmaßnahmen	354 000		354 000	18 ff
Kläranlage Rottumtal	305 000		305 000	18 ff
Starkregengefahrenkarte umsetzen	2 370 000	1 575 000	795 000	19 ff
Bau Regenrückhaltebecken Lerchenstr.	350 000		350 000	19
Kanalisation Riedstrasse in Ochsenhausen	4 000 000		4 000 000	20/21
Kanalsanierung Hürbler Str. Rst	540 000		540 000	18
Regenrückhaltebecken Hürbler Str	656 000	300 000	356 000	19
Ausbau Ehinger Str. in Rst	980 000		980 000	22 ff
Ausbau Baugebiet Birket in Rst	325 000		325 000	18
Umbau Bauhof im ehem. FwH Ochsenhausen	610 000		610 000	21
Allg. Grunderwerb /Verkaufserlöse	1 400 000	1 184 000	216 000	18 ff
	35 312 000	6 332 000	28 980 000	
hinzu kommen div. kleinere Baumaßnahmen	4 864 000	3 044 000	1 820 000	
Gesamtmaßnahmen	40 176 000	9 376 000	30 800 000	

Fazit:

- Dieses „Wunschkonzert“ ist zu den Akten zu legen und das „Machbare“ ist in den Vordergrund zu stellen.
- Es darf nicht sein, dass die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde durch ein Fehlverhalten der Verantwortlichen in Verwaltung und Gemeinderat total verbaut wird.

Unser Vorschlag ist deshalb, alle Investitionen, die im Jahr 2018 und 2019 umgesetzt werden sollen, sind umgehend auf den Prüfstand zu stellen, wobei diese Forderung für den aus unserer Sicht unnötigen Kreisverkehr leider schon zu spät kommt!

Z.B.:

1. Einstellung der weiteren Planungen für das Feuerwehrhaus in Ochsenhausen und dafür eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung des bisherigen Feuerwehrhauses	Einsparpotential	- 7 413 000 €
	Aufwand	+ 500 000 €
2. Neubau Bauhof Ochsenhausen	Einsparpotential	- 610 000 €
	Aufwand	+ 500 000 €
3. Überprüfung der Erweiterung der Gem. Schule Reinstetten (evtl. Containerlösung)	Einsparpotential	- 4 000 000 €
	Aufwand	+ 2 000 000 €
4. Alle weiteren Maßnahmen innerhalb des Investitionszeitraums bis zum Jahr 2021 sind auf Umfang und Kosten detailliert zu untersuchen		

Der Investitionshaushalt ist die eine Seite, der Verwaltungshaushalt ist die andere Seite und auch in diesem Bereich sind sinnvolle und praktikable Überlegungen anzustellen. Zwar hat der Gemeinderat dazu bereits gewisse Einsparmaßnahmen getroffen, die aber die völlig falschen Bereiche betreffen. Hier ist es offensichtlich wie überall im Leben: „die Kleinen werden bestraft und die Großen lässt man springen“.

Zum Thema „Verwaltungshaushalt“ und „Feuerwehrhaus“ wird zu einem späteren Zeitpunkt ein separater Bericht unter www.mischdichein-ox.de erfolgen.